

## Haushalt 2014 der Stadt Mühlacker

Stellungnahme der CDU-Fraktion, Vorsitzender Günter Bächle

Gemeinderatssitzung vom 28. Januar 2014

Die mit Tränen säen,  
werden mit Freuden ernten.

*Psalm 126, Vers 5*

Der Oberbürgermeister zitierte bei der Haushaltseinbringung seinen Vaihinger Kollegen Maisch mit dem Satz, finanziell gehe es ins Tal der Tränen. Ich kann ihm nun zum Trost sagen mit Psalm 126, Vers 5: Die mit Tränen säen, werden mit Freuden ernten. Aber ich stelle eher in Frage, dass wir im Tal der Tränen sind. Was uns ereilt ist die Systematik der Kommunal Finanzen: Weil wir zwei Jahre zuvor gut geerntet haben auf der Einnahmenseite, fließen 2014 höhere Summen in den Finanzausgleichstopf. Gleichzeitig schöpft der Enzkreis über seine Umlage mehr ab, obwohl sie vom Hebesatz her unverändert ist. Aber die Summe macht's. Die gesamten Steuereinnahmen sind für 2014 mit 25,3 Millionen Euro und damit 1,1 Millionen über dem Vorjahrswert angesetzt. Nach Abzug der höheren Umlagen wird das Ergebnis ins Gegenteil verkehrt: Uns bleibt dann plötzlich rund eine halbe Million Euro weniger als voriges Jahr. Das sind 7,6 Millionen Euro netto. Wenn wir 2012 ein schlechtes Jahr gehabt hätten, würden wir in 2014 durch geringere Umlagen und höhere Zuweisungen des Landes „belohnt“. Das wäre dann wirklich nicht zum Weinen.

Wenn ab und zu gesagt wird, die Stadt habe kein Geld, so ist das unzutreffend. Sie hat Geld, allerdings zu wenig angesichts der Aufgaben, die sie zu bewältigen hat. Und es ist die Frage, für was das Geld ausgegeben wird. Uns beschäftigt deshalb die Frage, wie nachhaltig wir die Finanzlage verbessern können. Dazu gehören Sparsamkeit und die Beschränkung auf die wirklich wichtigen Aufgaben. Andererseits wissen wir nicht nur durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg, dass unsere Steuereinnahmen pro Einwohner unter dem Landesdurchschnitt liegen, weil wir eher die Stadt der Arbeitnehmer und

nicht der Großverdiener sind. 2014 erreichen wir 90 Prozent des baden-württembergischen Mittelwertes. Trotz dieser Struktur erreichen wir 2014 mit 12,1 Millionen Euro den Rekordwert beim Anteil an der Einkommensteuer – so viel hatten wir noch nie. Der Einkommensteueranteil ist auch der stabilste Faktor bei den Steuereinnahmen Mühlackers: Er bewegte sich in den vergangenen zehn Jahren zwischen 8,1 und 12,1 Millionen Euro, wuchs meist kontinuierlich an. Dagegen verzeichnete die Gewerbesteuer eine heftige Berg- und Talfahrt – die Spanne in den vergangenen zehn Jahren lag zwischen 4,9 und 10,1 Millionen Euro.

Die Schlussfolgerung: Der Einkommenssteueranteil ist die stabilste Säule unserer Einnahmen. Entscheidend dafür sind die Einkommen von Menschen, die Einkommens- und Lohnsteuer bezahlen. Deshalb hängt dieser Wert auch von der Einwohnerzahl ab. Wir müssen auch deshalb mithalten können im Kampf um den Einwohner gerade in einem Bundesland, das noch einige Jahre wachsen wird. Hier bestehen Chancen, die wir nicht vergeigen dürfen. Die Stadt muss attraktiv bleiben mit ihrer privaten und öffentlichen Infrastruktur. Mühlacker legt ein großes Augenmerk auf die Wohnraum-Versorgung: Wir brauchen deshalb die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Wohngebiete und die Aufwertung von Wohnquartieren durch förmliche Sanierungsgebiete wie in Dürrmenz, Lienzingen und Mühlhausen. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion auch neue Baugebiete: Wir müssen rasch den „Pforzheimer Weg“ in Großglattbach umsetzen, die stark nachgefragte Baufläche am Sommerberg erweitern, die Umnutzung des Ziegeleigelände für Wohnzwecke auf den Weg bringen, damit dort 2015/16 mit einem ersten Abschnitt begonnen werden kann. Richtig war es, Baulücken im Wohngebiet Stöckach durch Neuzuschnitte marktgängig zu machen.

Überhaupt Baulücken: Wir halten es für notwendig, sich mit den aktuellen Zahlen im Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Technik zu beschäftigen – wenn im Wohngebiet Vordere Raith zehn Plätze noch unbebaut sind, davon aber offenbar laut Baulandportal Geobip.de kein einziger am Markt angeboten wird, so widerspricht dies den Absichten der Stadt bei der Ausweisung eines Baugebietes. Wir wollen Nachfrage nach Bauland befriedigen, keine immer wieder neuen Bauplatz-Halden schaffen. Da müssen wir schon bei der Ausweisung eines neuen Baugebietes ansetzen. Hier erwarten wir entsprechende Vorschläge der

Verwaltung. Wir brauchen in allen Stadtteilen Baumöglichkeiten für Familien, auch um die Erhaltung öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten zu sichern – das gilt auch für Enzberg, Lienzingen, Lomersheim und Mühlhausen. Notwendig sind aber auch bezahlbare Mietwohnungen. Wir verweisen auf die Initiative des sozialen Netzwerks Mühlacker und einen früheren CDU-Antrag zu Sozialwohnungen, aus dem Verwaltung bisher keine Folgerungen gezogen hat.

Noch ein Wort zu den Sanierungsgebieten: Sie werden allesamt gut angenommen, wir wollen aber auch, dass die Stadt die Chancen auch mit ihren eigenen Einrichtungen und Straßen nutzt. Einen Terminplan für Mühlhausen ist die Verwaltung bisher schuldig geblieben. Wir erinnern an unseren Antrag zur Sanierung der Rathausfassade. Und was Lienzingen betrifft, so zeigt sich nach dem Abbruch des Gebäudes Zaisersweiherstraße 3, wie wichtig es ist, in diesem Jahr nicht nur den neuen Dorfplatz zu schaffen, sondern auch der Kelter als nun weitaus prägenderes Gebäude einen neuen Anstrich zu verpassen. Die Stadtteile dürfen auch bei den Sanierungen nicht zu kurz kommen. Deshalb unterstreichen wir die Notwendigkeit eines Sanierungsgebiets für Lomersheim mit der damit verbundenen Erneuerung der Gemeindehalle.

Zurück zu den Steuereinnahmen. Der Oberbürgermeister bezeichnete in seiner Haushaltsrede die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes als Mittel, „die Einnahmesituation zu verbessern“. Werfen wir doch wieder unseren beliebten Blick nach Vaihingen. Dort verfügt die Stadt über großes Gewerbegebiet, es bestehen etwa gleich große Reserveflächen, die planungsrechtlich gesichert, aber noch nicht entwickelt sind. Es handelt sich jedenfalls um einen regionalen Gewerbeschwerpunkt, „perfekter Standort“ genannt. Und trotzdem tritt Vaihingen bei der Gewerbesteuer auf der Stelle. 2013 waren acht Millionen Euro erwartet worden und damit so viel wie in Mühlacker, erreicht worden sind in Vaihingen nur 6,5 Millionen Euro, in Mühlacker aber acht Millionen Euro. Der Vorsitzende der dortigen FDP-Fraktion beklagte „innerhalb von zwei Jahren Schwankungen im Bereich von mehr als 25 Prozent“. Die Neigung mancher im Mühlacker Gemeinderat, Gewerbefläche gleichzusetzen mit kommunalen Einnahmen, ist mit der Wirklichkeit nicht vereinbar, zumal die Stadt bei einer neuen Gewerbefläche auch hohe Kosten der Vorfinanzierung zu tragen hat. Wir müssen dieses Thema stärker unter den Gesichtspunkten neuer Arbeitsplätze für die Menschen

im Raum Mühlacker und der Bestandspflege örtlicher Unternehmen sehen. Wir hätten schon längst ausreichend Gewerbeflächen, wäre der Gemeinderat zu seinen Beschlüssen im Rahmen des Stadtentwicklungsprogramms gestanden und wäre er der Position der CDU-Fraktion gefolgt. Doch bei dem geringsten Widerstand wandelten sich einstige Befürworter des Sprungs über die B 10 zu Gegnern – und jetzt kommen sie von dieser Position nicht mehr herunter. Inzwischen sind wir von den schärferen gesetzlichen Bestimmungen eingeholt worden, die Ausweisung eines Gewerbegebiets ist schwieriger und stößt zudem immer auf Widerstand in Teilen der Bevölkerung. Von Problemen beim Grunderwerb ganz zu schweigen. Einen Vorgeschmack erleben wir beim geplanten Gewerbegebiet „Lug/Osttangente“.

Umso wichtiger ist es, dass bestehende Unternehmen gedeihen: Wir sind froh, dass die Elumatic AG nach einer Phase des Ungewissen wieder hoffnungsvoll in die Zukunft blickt. Und wir begrüßen, dass der Mahle-Konzern den Standort Mühlacker – bisher Behr – gesichert hat. Das ist uns genauso wichtig wie das Projekt „Lug/Osttangente“. Der CDU-Fraktion sieht eine Aufgabe der Stadt darin, auch kleineren Firmen eine Entwicklung am Standort Mühlacker zu sichern. Dazu muss „Lug/Osttangente“ dienen – ob wir über die amtliche Umlegung zu brauchbaren Ergebnissen kommen, muss abgewartet werden.

Eine Stadt muss attraktiv bleiben. Sie hat ihre Hausaufgaben zu erledigen. Fit in die Zukunft heißt es auch für Mühlacker. Dazu gehört ein breit gefächertes Aufgabenfeld.

Deshalb tritt die CDU-Fraktion dafür ein, bei den Schulgebäuden auf Sanierungskurs zu bleiben. Dass Schulleiter und Elternvertreter beim jährlichen Haushaltsgespräch mit dem Gesamtelternbeirat der Schulen diese Anstrengungen anerkannt haben, ist zusätzlich Triebfeder, die Linie beizubehalten. Nicht alle Maßnahmen erfordern Millionen wie am Theodor-Heuss-Gymnasium, auch schon mit kleineren Summen lassen sich manche Wünsche der Schulen erfüllen. Keine Schule darf das Gefühl haben, vergessen zu sein. Der Gemeinderat hat zum Beispiel bewiesen, dass er handelt – etwa bei der dringend notwendigen WC-Sanierung in der Mörike-Realschule. Wir brauchen auch ein Konzept über Raumnutzung und Sanierungsbedarf der Ulrich-von-Dürrenz-Schule – das wird die nächste Baustelle Es geht aber auch im Inhalte: Wir hoffen, dass das Land uns in den nächsten Monaten den Zuschlag

gibt für eine Gemeinschafts- und damit für eine Ganztagesesschule, damit wieder alle schulischen Angebote in Mühlacker vorgehalten werden. Allerdings muss es den Verantwortlichen gelingen, deutlich zu machen, dass es eine neue Schulart ist mit neuen Möglichkeiten, einem differenzierten Angebot von Abschlüssen und neuen Unterrichtsformen. Wenn bei den Eltern der Eindruck entstünde, als werde der Hauptschule oder der Werkrealschule nur ein neues Etikett aufgeklebt, wäre dies eine schwere Hypothek. Das sollte sich auch bei der Namenswahl für die Schule ausdrücken.

In diesem Zusammenhang ist uns wichtig, dass die Schulsporthalle in der Goldshalde für die Schulen im Lindach – Schillerschule und Mörike-Realschule – wie geplant gebaut wird. Entgegen einzelner Unkenrufe haben wir eine erste Rate von 3,7 Millionen Euro für 2014 finanziert. Die Halle wird Mühlacker nicht nur als Schul-, sondern auch als Sport- und Freizeitstad stärken. Sportvereine sind Nutznießer dieses Projekts, das zügig umgesetzt werden muss. Die CDU-Fraktion hatte für die 2+2-Lösung gestimmt, weil wir eine solche Halle auch auf Zuwachs auslegen müssen. Damit setzen wir endlich um, was wir seit Jahren ankündigen.

Zu Entscheidungen über die Käppele-Turnhalle sind wir bereit. Die Verwaltung wird dieses Thema auch im Zusammenhang mit dem Standort für eine neue Hauptfeuerwache aufarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen. Hoffentlich bald. Ein weiterer Gesichtspunkt muss die Entlastung des städtischen Haushalts von laufenden Ausgaben sein.

Da bin ich bei der großen Pflichtaufgabe: der Ausstattung und Unterbringung unserer Feuerwehr, die uns wichtig ist. Wir unterstützen den Bau eines neuen Gerätehauses 2014 in Enzberg und hoffen, dass es gelingt, eine Mietlösung wie in Lienzingen für die Abteilung Lomersheim zu erreichen. Vor allem aber gehen wir davon aus, dass 2014 die Standortfrage für die neue Hauptfeuerwache geklärt wird: Senderhang oder Käppele. Die Feuerwehr hat ein Votum für den Senderhang abgegeben, falls sich dieser zeitnah verwirklichen lässt. Die CDU-Fraktion wird sich nicht gegen dieses Votum stellen, hat aber Zweifel, ob sich dort alles aus baurechtlichen und Grunderwerbsgründen so zeitnah wie gewünscht realisieren lässt. Zudem verteuert der notwendige Grunderwerb das Vorhaben - auch dies gilt es zu bedenken. Wir sprechen dies offen an, damit später niemand sagen kann, man

habe dies nicht gewusst. Eine neue Atemschutz- und Schlauchwerkstatt als Teil der Feuerwache darf kein Zuschussgeschäft für die Stadt sein, sonst muss der Enzkreis schauen, wo er ein solches Angebot für die Feuerwehren aus dem Landkreis vorhält.

Weitere Entscheidungen stehen 2014 an: Wir erwarten von der Verwaltung, dass das Verfahren zur anderweitigen Nutzung des Mühlehofareals nach dem Abrissbeschluss rasch vorangebracht wird. Das heißt: Die Investorensuche muss gezielt erfolgen. Gleichzeitig brauchen wir eine Klärung des Standorts für eine neue Kulturhalle, deren Standort nicht unter dem des großen Saales im Mühlehof sein darf. Kultur muss Markenzeichen der Stadt Mühlacker bleiben. Das kann es nur bleiben, wenn eine Hängepartie und lange Pausen vermieden werden. Den Diskussions- und Entscheidungsprozess müssen wir mit der Öffentlichkeit breit führen.

Apropos Mühlehof und Innenstadt. Die Fußgängerzone verdient ihren Namen nicht, zu viele Autos fahren durch. Wir fordern die Verwaltung zum Handeln auf: Entweder ist es eine echte Fußgängerzone oder sie darf ganz offiziell befahren werden. So bleiben wie jetzt kann die Situation jedenfalls nicht. Wenn wir schon in der Innenstadt sind: Attraktivität im digitalen Zeitalter heißt freies WLAN. Da wird schon wieder zu lange geprüft und nachgedacht. Dabei gibt es im Mühlehof schon ein VHS-WLAN, auch im Rathaus melden sich WLAN-Netze. Da müsste sich dort einige zusammenspannen lassen zu einem einheitlichen WLAN-Netz, das in anderen – auch kleineren – Kommunen schon Realität ist. Mühlacker ist dank ihrer Stadtwerke Vorreiter im Enzkreis beim Ausbau des Breitbandnetzes – wir sollten unserem Ruf hier durch ein freies City-WLAN treu bleiben.

Oder dauert dies dann auch sechs Jahre wie die Umsetzung des historischen Rundwegs in Lienzingen? Seit 2008 wird geplant, das grenzt an ein Trauerspiel. Private haben im vergangenen Sommer die Genehmigung von Hausbesitzern zum Anbringen von 21 Tafeln eingeholt, doch nichts ist geschehen. Das ist höchst ärgerlich. Wir fordern, endlich zu handeln und wünschen den Mit-Machern am historischen Rundweg in Dürrmenz und am Weg „Mühlacker sehen“, dass sie die Ergebnisse rascher sehen als die Lienzinger die ihres Rundwegs durch das Etterdorf.

Alles wird derzeit natürlich überlagert durch die Gartenschau 2015. Ein Projekt mit einem hohen Mehr-Wert für die Stadt; ein Projekt, mit dem sich viele Bürger identifizieren; ein Projekt, das nachhaltig wirkt und das Gefühl „Wir in Mühlacker“ stärkt. Die CDU-Fraktion begleitet das Vorhaben mit großer Freude und Zustimmung, auch wenn sich im Detail manches kontrovers diskutieren lässt. Aber wir haben ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen Fraktionen im Gemeinderat und zwischen Gemeinderat und Verwaltung. Noch stehen drängende Entscheidungen aus: die Durchquerung während der Gartenschau zwischen Dürrmenz und Kernstadt, die Höhe der Eintrittspreise, vor allem aber auch, zu welchem Termin die Gartenschau startet und wann sie endet. Wir sagen nicht nur Dank für die Bürgerprojekte, sondern auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die den Gartenschau-Part neben ihren eigentlichen Aufgaben erledigen. Sie bringen zusätzlich Stunden, nur Herr Dauner als Projektleiter bekam eine zusätzliche Stelle, die ihn als Amtsleiter entlastet. Die anderen werden nicht ent-, sondern belastet. Die CDU-Fraktion hatte ein anderes personelles Konzept im Auge: Mehr Personen, die nur für die Gartenschau da sind. Aber das Thema kam zwei- oder dreimal immer hinten in der Tagesordnung, so dass nie Zeit blieb für eine Diskussion – die Verwaltung hat dies so lange rausgeschoben, bis keine Möglichkeit mehr zu einer anderen Lösung blieb. Man kann auch sagen, sie hat diese Debatte hintertrieben.

Apropos Personal: Die Ausgaben dafür steigen 2014 um 6,6 Prozent auf gut 16 Millionen Euro. Seit 2008 mit damals 12 Millionen Euro wächst der Personaletat, vor allem durch den Ausbau der Kinderbetreuung. Das war einerseits politisch gewollt, um eine bessere Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf zu erreichen, andererseits durch den Rechtsanspruch auch für Kinder zwischen einem Jahr und drei Jahren. Hinzu kamen die Ganztagesangebote in den Schulen mit dem Mittagessen und der dabei notwendigen Betreuung. Die CDU-Fraktion steht zu diesen Leistungen – dann kann man aber über die Folgen für den Personaletat nicht meckern. Auch wenn Bund und Land die Kommunen in diesem Bereich stärker entlasten müssen – die Stadt hat ein ureigenes Interesse daran, familienfreundlich zu sein und damit konkurrenzfähig zu bleiben. Aber da wären wir wieder am Ausgangsthema, dem Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Einkommensteueranteilen.

Die Menschen müssen im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Da gilt die Sorge auch den Schwächeren. Wir verweisen darauf, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in unseren Kindergärten schwankt zwischen null Prozent in Großglattbach und Mühlhausen und 80 Prozent im Kindergarten Zeppelinstraße in der Kernstadt. Das zeigt, dass den Kindergärten weiterhin ein wichtiger Anteil der Integrationsarbeit zufällt. Ein Schwerpunkt auch - mit dem finanziellen Engagement der Stadt - bleibt die Sprachförderung. Weitere Aufgaben rollen durch die zunehmende Zahl von Asylbewerbern auf uns zu, auch auf die Schulen. Was machen eigentlich Kinder, die ihrer Schulpflicht genügen müssen, aber in der Klasse sitzen, ohne ein Wort Deutsch zu verstehen? Wegen der Allzuständigkeit der Kommunen bleiben diese Aufgaben auch an unserer Stadt hängen. Doch wir brauchen verstärkte finanzielle Hilfe von Land und Bund. Und wie wäre es, wenn die Wirtschaft wenigstens einen Teil des materiellen Aufwandes schultern würde? Nur jeder vierte Gewerbebetrieb in Mühlacker bezahlt Gewerbesteuer. Kinder mit Migrationshintergrund brauchen auch unser besonderes Augenmerk, damit keine sozialen Konflikte entstehen. Die CDU-Fraktion regt an, sich im Verwaltungsausschuss mit den Themen Migrationsarbeit – in einer Stadt mit einem Migrantenanteil von 16 Prozent wichtig – und Aufnahme von Flüchtlingen zu beschäftigen.

Die Stadt lebt von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement. Wichtige Träger dieses Engagements sind die Vereine, deshalb wollen wir sie, soweit es geht, stärken. Dazu steht die CDU-Fraktion. Wir erinnern an die finanzielle Unterstützung der Stadt für den Bau des Kunstrasenplatzes von TSV Phönix Lomersheim sowie an die flexiblen Öffnungszeiten in der Enztalsporthalle während der Sommerferien und die Verwendung von Kunstharz durch die Handballer. Genauso positiv sehen wir den Einsatz zum Beispiel des Jugendhausvereins bei der Übergangslösung im alten badischen Bahnhof und bei der Vorbereitung des Baus des Jugendhauses, womit auch die offene Jugendarbeit in Mühlacker gestärkt werden kann.

Ebenfalls ein Thema im Verwaltungsausschuss sollten neue Formen der Bürgerbeteiligung sein. Mit den herkömmlichen Bürgerversammlungen erreichen wir nur ein Teil der Menschen – schon gar jene nicht, die keine Zeitung lesen. Es sind neue Formen fürs Internet entwickelt worden. Die Menschen wollen sich nicht mehr einbestellen lassen, sondern sie



möchten selbst entscheiden, wann sie sich die Zeit nehmen, sich zu einem Thema zu äußern. Im Internet gibt es einen 24-Stunden-Tag.

Meine Damen und Herrn, die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2014 und damit dem Arbeitsprogramm für Gemeinderat und Verwaltung 2014 zustimmen. Wir wissen, dass Wünsche offen bleiben müssen. Aus finanziellen Gründen lässt sich manches nicht schneller erledigen. Aber die Stadtverwaltung sollte die Zeit nutzen, Projekte gut und gründlich vorzubereiten – ohne Zeitdruck und Holterdiepolter, mit gut abgesicherten Kostenberechnungen. Ein Projekt will ich nennen: die vor allem energetische Sanierung der Gemeindehalle Enzberg, wohlgemerkt ohne Anbau.

Wir danken der Verwaltung, insbesondere Frau Rapp und ihrem Team für ihre gewissenhaft Arbeit. Wir danken auch den Steuer- und Gebührenzählern, die der Stadt mit ihrem Geld erlauben, die Aufgaben zu erfüllen und wir loben ausdrücklich die gute Zusammenarbeit im Gemeinderat, die nicht beschädigt wurde durch kontroverse Diskussionen in einzelnen Sachfragen. Die CDU-Fraktion dankt aber auch allen Bürgern, die sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft und damit für unser Mühlacker engagieren.